

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Ankündigungen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Zeilen kosten 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergehälter (Ankündigungen) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 9.

Sonntag den 2. März.

1902.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südfraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Die Magenfrage.

Die Untersuchungen von Pettenkofer, Voit, Hungen und anderen Gelehrten über die Frage der rationellen Ernährung des Menschen haben uns ganz genaue Angaben geliefert, welche Mengen von Nahrungsmitteln und in welchen Verhältnissen dem Körper geboten werden müssen, um Leben und Gesundheit des arbeitenden Menschen zu erhalten. Darum ist die Volksernährung für jeden Staat und jede menschliche Gemeinschaft von der größten Wichtigkeit.

Im allgemeinen lehrt die Natur, der Geschmack und die Selbstbeobachtung die Menschen, die annähernd richtigen Mengen von geeigneten Nahrungsmitteln zum Erhalten der Lebens- und Arbeitskraft nötige Kost zu sich zu nehmen.

So bezeichnet der Statistiker Engel die SoIlnahrung.

Das Bestreben der Menschen, dieses richtige Kostmaß zu erreichen und fortgesetzt beizubehalten, hat aber seine ganz bestimmten Grenzen, und ihre — je nach den Kulturzuständen und sonstigen Verhältnissen vorhandenen Mengen und verschiedenen geeigneten Arten von Nahrungsmitteln, Anschaffbarkeit derselben nach Einkommen und Besitz verschiedenen — Formen der Ernährung, der sogenannten Kostsätze, weichen oft und vielfach von der SoIlnahrung, vom Kostmaß wesentlich ab.

Die drei Gruppen von organischen Verbindungen: Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate, die am vollkommensten dem Menschen nur in der Frühjugend in Gestalt der Muttermilch zu teil wird (NB. wenn sie ihm zu teil wird!) müssen in Gestalt von solchen Nahrungsmitteln in genügender Menge und Zusammenstellung dem Körper zugeführt werden, so daß sie die nötige animalische Wärme und Muskelkraft erzeugen.

Da die verschiedenen Nahrungsmittel jene Grundbestandteile in verschieden hohem Grade enthalten, verschiedenartig wertvoll und ausnützlich sind, je nach Verdaulichkeit und Bekömmlichkeit, ist die Ernährung der verschiedenen Völker und Zeiten in steter Entwicklung begriffen und Änderungen unterworfen. Am verhängnisvollsten ist selbstverständlich das Fehlen der notwendigen geeigneten Nahrungsmittel oder die Unfähigkeit des einzelnen, sie sich zu beschaffen aus Mangel an Mitteln: es entsteht Unterernährung, die zu Krankheit und Hungertod am letzten Ende führen müssen.

Notorisch bleiben in den modernen Staaten mit ihrem kapitalistischen Wirtschaftssystem zuweilen Millionen von armen Menschen in ihrem Kostsatz, in der Ernährung weit hinter dem Kostmaß, der SoIlnahrung zurück.

Der Wohlhabende und Reiche dagegen ist vor den Ausdehnungen der Unterernährung, sowohl durch die Natur, als auch durch bessere Schulung und Erziehung und daraus sich ergebendem Verständnis und Ueberlegung geschützt; bei wirklichen Gesundheitsgefahren von Unmäßigkeit und Unverstand stehen ihm dazu noch die kostspieligsten Ärzte und Kuren, Badereisen u. s. w. zur Verfügung.

Ein Arzt Dr. med. Alfred Grotjahn hat nun vor ganz kurzem folgende vier Typen der Ernährung aufgestellt:

1. Die freigewählte Kost der Wohlhabenden.
2. Die Kost der städtischen Handwerker, Unterbeamten und gut gestellten Arbeiter.
3. Die Kost der Bauern, ländlichen Arbeiter, Handwerker, Fischer und des Gefindes mit ausgeprägt lokalem Charakter.
4. Die Kost der von jeder Naturalwirtschaft losgelösten, auf reinen Geldlohn angewiesenen industriellen und großstädtischen Arbeiter.

Dem idealen Stand kommt nach Grotjahn am nächsten die dritte Gruppe; die am ungünstigsten gestellte ist die vierte, die uns hier natürlich am meisten interessiert. Ihr nähert sich übrigens in neuerer Zeit sogar auch die dritte, weil die selbsterzeugten Produkte dieser ländlichen Bevölkerungen immer mehr „Ware“ werden, also nicht mehr von den Erzeugern genossen werden.

Von unserer vierten Gruppe sagt Grotjahn: „Nur die bestbezahlten Arbeiter können den Uebergang zu einer rationellen Kost (Fleisch, Weizenbrot- und Zuckerkost) vollziehen. Weite Schichten der industriellen Arbeiterschaft bleiben in diesem Uebergange stecken.“

(Dieser Uebergang ist nämlich der von den voluminösen [große Mengen darstellenden] und wenig geschmackvollen Hauptnahrungsmitteln der ländlichen Bevölkerung: Roggenbrot, Hülsenfrüchte, Mehlspeisen, Pflanzenfette — zu konzentrierten leichtverdaulichen und schmackhaften Produkten: Fleisch, Weißbrot, Zucker.)

„Sie essen nicht mehr Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Mehlspeisen und Fett und noch nicht Getreide, Weizenbrot, Butter und Zucker.“ Natürlich thun sie das nicht aus Mutwillen und Absicht, sondern den Enthusiasten des Vegetarismus etwa abgesehen, sondern einfach deshalb, weil ihnen ihre geringen Mittel den Zwang auferlegen, es zu thun — natürlich zu ihrem eigenen Schaden und zum Schaden der Gesamtheit.

„Ein untrügliches Maß des materiellen Befindens einer Bevölkerung überhaupt ist das Verhältnis der Ausgaben für Vegetabilien (pflanzliche Nahrungsmittel) zu der Gesamtnahrung.“

Je weniger Mittel vorhanden sind, ein desto größerer Teil des Einkommens wird durch die Ernährung und von dieser wieder der größte Teil in Vegetabilien verzehrt. Unter diesen wieder sind Kartoffeln als Hauptnahrungsmittel das Zeichen und die Folge großer Mittellosigkeit.

Zu dieser wertlosen, verhängnisvollen Kostart wird die vierte der Kostgruppen, man möchte sagen geradezu methodisch und systematisch immer mehr hingedrangt, weil Fleisch und Fett für sie immer unerschwinglicher werden. Ohne diese aber ist reichlicher Kartoffelgenuß verhängnisvoll und schädlich.

Grotjahn stellt nun für unsere Gegenwart eine ausgesprochene Tendenz zur Unterernährung in den modernen Industrieländern fest. Natürlich marschiert in dieser Beziehung Deutschland, das Vaterland der Dichter und Denker, an der Spitze der Zivilisation!

Der Zucker z. B., der vom hygienischen Standpunkt aus immer mehr als Nahrungsmittel gewürdigt wird, wird bei uns in größeren Mengen nur von den wohlhabenden und gutgestellten Arbeitern verzehrt. Dieses bei uns stark fabrizierte Nahrungsmittel nun muß bekanntlich der deutsche Arbeiter infolge der den Unternehmern durch Gesetz gewährten Prämien um ein Drittel teurer bezahlen, als der ausländische. Besonders unsere Hauptkonkurrenten auf dem Industriemarkte, England und Amerika, nähren auf Kosten der deutschen Arbeiter die ihrigen besser und machen dadurch sich und ihre Produkte konkurrenzfähiger. Grotjahn spricht diesbezüglich geradezu von dem „Zuckerrübenbau, den wir für England treiben“. Sonst nennt man das: „die Geschäfte des Auslands besorgen!“

Die in allen Industrieländern vorhandene Tendenz zur Unterernährung der unteren Volksschichten in Stadt und Land, die in Deutschland schon sehr stark war, soll nun noch kräftiger befestigt werden durch den gesteigerten Brotwucher, durch die Erhöhung der an sich schon tadelnswerten Nahrungsmittelzölle. Die wirtschaftlichen und sozialen, kulturellen und politischen Folgen von solchen verhängnisvollen Mißgriffen sind gar nicht abzusehen.

Es ist eine Staatsweisheit eigener Art, die Herrn v. Hilow erklären läßt, er wolle treiben und treibe eine „vernünftige“ Wirtschaftspolitik. Vernünftig soll es also sein, den Hunger, die Unterernährung von Millionen Deutscher zu steigern! Es wäre zum Lachen, — wenn's nicht zum Weinen wäre!

Zum Schluß nur noch eine Erwägung zur Beachtung für die Interessenten und Verehrer des Militärstaates: Chronische, d. i. dauernde Unterernährung führt unweigerlich zur Degeneration, zur Entartung. Die Folgen einer solchen für die Wehrkraft eines Volkes liegen auf der Hand: nur profitwütige Maratier und geschäftsmäßige Volksausungerer sehen sie nicht ein — oder wollen sie nicht sehen.

Arbeitersekretariate und Gewerbeordnung.

Die Preussische Behörden belästigen bekanntlich die Arbeiterbewegung im weitesten Maße und haben sogar das dortige Arbeitersekretariat für einen gewerbsmäßigen Betrieb erklärt, obgleich der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, früher schon dies für einen Fehlgriff erklärte. Da nach dieser Erklärung keine Aenderung eingetreten ist, sah sich die sozial-

demokratische Fraktion des Reichstags veranlaßt, folgende Interpellation einzubringen:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Widerspruch mit dem klaren Wortlaut des § 35 der Gewerbeordnung und mit der Erklärung, welche der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr Graf v. Posadowsky, im Reichstage in der Sitzung vom 23. November 1899 abgegeben hat, die Polizeibehörde zu Beuthen den dortigen Arbeitersekretär Herrn Dr. Winter, weil dieser angeblich fremde Rechtsangelegenheiten gewerbsmäßig besorge, zur Anmeldung des Arbeitersekretariats als eines Gewerbebetriebes durch Geldstrafen zu zwingen sucht? Und was gebucht der Herr Reichskanzler dagegen zu thun?

Die Verhandlung über diese Interpellation fand am Sonnabend den 22. Februar statt. Aus dem Parlamentsbericht entnehmen wir darüber folgendes:

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Goh (Soz.): § 35 der Gewerbeordnung handelt von der gewerbsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bestimmt, daß Personen, die dies Gewerbe betreiben, die Eröffnung ihres Betriebes der Polizei mitzuteilen haben. In den Motiven wird gesagt, daß diese Maßnahme sich vor allem gegen die Winkeladvokaten richten solle, durch die häufig die Arbeiter übervorteilt werden. Nun sind aber die Arbeitersekretariate gegründet worden, um den Arbeitern die nötigen Rechtsbelehrungen sachgemäß und unentgeltlich zu geben. Es ist also widersinnig, auf sie die Bestimmung anzuwenden, die sich gegen die Winkelkonsultanten richtet. Außerdem hat aber Graf Posadowsky bei der zweiten Beratung der letzten Novelle zur Gewerbeordnung auf eine Anfrage meines Parteigenossen Vebel ausdrücklich erklärt, daß Arbeitersekretäre nicht als Personen angesehen werden könnten, die gewerbsmäßig in Rechtsangelegenheiten Rat erteilen. Es sei zu unterscheiden zwischen geschäftsmäßigem und gewerbsmäßigem Betrieb. Trotz alledem ist bekanntlich im letzten Jahre der Arbeitersekretär Winter in Beuthen von dortigen Landgericht und vom Oberlandesgericht in Breslau zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er seinen Betrieb nicht angemeldet habe. Es wurde in dem Urteil zwar anerkannt, daß Winter selbst von der Rechtserteilung direkt keinen materiellen Gewinn habe, und daß durch das Sekretariat die ärmeren Bevölkerungsschichten vor gewissenlosen Winkelkonsultanten geschützt würden, andererseits aber wurde betont, daß Winter von der Generalkommission der Gewerkschaften in Hamburg sein Gehalt beziehe und daß diese durch die Stärkung der Gewerkschaften in Beuthen auch einen materiellen Gewinn aus dem Arbeitersekretariat habe. Infolge dieses Urteils hat die Polizei in Beuthen bereits drei Strafgebote in Höhe von 150 Mk. gegen Winter erlassen. Ich erwarte, daß der Herr Staatssekretär alles thun wird, um dem klaren Wortlaut des Gesetzes Achtung zu verschaffen. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Als ich 1899 meine Erklärung abgab, habe ich geglaubt, dieselbe so klar zu fassen, daß über die Anwendung des Gesetzes kein Zweifel ist, was mit diesem Paragraphen der Gewerbeordnung gemeint ist.

Ich habe meiner Auffassung auch Ausdruck gegeben in einem Schreiben, das ich auf eine Anfrage namens der verbündeten Regierungen an eine Bundesregierung gerichtet habe. In diesem Schreiben, datiert vom 4. Dezember 1901, heißt es: „Die Frage, ob die Vorschriften des § 35 der Gewerbeordnung auf Sekretäre eines Gewerkschaftsartikels anwendbar sind, glaube ich verneinen zu müssen. Zur Erfüllung des Tatbestandes des § 35 muß die Tätigkeit gewerbsmäßig ausgeübt werden. Daß das Gewerkschaftsartikels als solches ein Gewerbe nicht betreibt, erscheint unabweisbar, denn dazu gehört, daß es sich aus der geschäftlichen Tätigkeit eine dauernde Einnahme verschafft. Das ist aber nicht erfolgt. Weber das Kartell, noch seine Mitglieder wollen eine Einnahme beziehen, sondern der Sekretär ist verpflichtet, allen, die sich an ihn wenden, seine Dienste zu leisten. Ebensovienig ist der Sekretär als Gewerbetreibender anzusehen. Er ist nicht auf eigene Rechnung, sondern nur als ein Angestellter thätig. Die Selbstständigkeit des Betriebes ist aber für die Erfüllung des § 35 der Gewerbeordnung unbedingt erforderlich.“

Als ich von den Vorgängen in Beuthen Kenntnis erhalten habe, habe ich mich sofort an den preussischen Justizminister gewandt, der dann auch sofort die Beuthener Anklagebehörde anwies, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister hat weiter unter dem 15. Januar 1902 an sämtliche Staatsanwälte eine Anweisung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschaftsartikeln errichteten Arbeitersekretariate nicht als gewerbsmäßige Betriebe anzusehen sind und daher nicht dem § 35 der Gewerbeordnung unterliegen. Ich habe heute nacht erst die Nachricht erhalten, daß die Interpellation heute auf der Tagesordnung steht, deshalb habe ich die Akten nicht zur Stelle. Im November 1901 habe ich sie zum letztenmal eingesehen. Es stand darin, daß Herr Dr. Winter für die Anfertigung eines Schriftstückes einmal 50 Pfennige und ein anderes Mal eine Mark bezahlt erhalten hat. Würde Herr Dr. Winter eine solche Vergütung angenommen haben, um sie an das Bureau abzugeben, dann würde nach meiner Meinung auch in diesem Falle § 35 der Gewerbeordnung nicht zur Anwendung kommen können. Würde er dagegen persönlich eine Vergütung für die Anfertigung eines Schriftstückes angenommen haben, dann läge der Fall anders.

Die unabhängigen Polizeibehörden sind vom preussischen Justizminister angewiesen worden, nach dieser meiner Auffassung zu verfahren. (Beifall.)

Nach dieser Erklärung des Staatssekretärs, die das Verfahren der Behörden dekabouiert, verzichteten die Interpellanten auf eine weitere Besprechung der Angelegenheit.

Ob sich nun die Behörden in Beuthen danach richten oder die gegenwärtige Belästigung des Arbeitersekretariats fortgesetzt werden? —

Aus dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften.

Die fortwährende Steigerung der laufenden Einnahmen der Generalkommission ermöglichten es dieser, den Agitationskommissionen in den Außenbezirken größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Jahre 1900 betrug die Einnahme an Quartalsbeiträgen 61 044 Mk., im Jahre 1901 74 040 Mk. Es ist dies ein Beweis, daß die Zunahme von 99 954 Mitgliedern, welche die Gewerkschaften im Jahre 1900 aufzuweisen hatten, die Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1901 gestärkt hat. Nach dieser Beitragsleistung ist anzunehmen, daß der Verlust an Mitgliedern im Jahre 1901 ein bedeutender nicht gewesen sein kann und die Beitragszahlung in den Organisationen eine regelmäßigeren geworden ist. So glauben wir mit Recht, hoffen zu dürfen, daß die Periode der wirtschaftlichen Depression ohne nennenswerte Schwächung der Gewerkschaften vorübergehen wird. Von der Erfüllung des bekannten Streiks der Glasarbeiter wurde die Generalkommission erst nach dem Beschluß verhängt und überrascht. Der von Holland vorgeschlagene Vorkauf englischer Schiffe wurde von den beteiligten deutschen Organisationen abgelehnt. Im Osten, in Schlesien und in Elsaß-Lothringen unterstützt die Generalkommission Agitationskommissionen. Die „Industrialisierung“ des Ostens ist allerdings durch die jetzige Krisis ins Stocken geraten. Die Schätzungen gegen das Arbeitersekretariat in Weichen dauern fort. Mehreren Anforderungen, zum Bau oder zur Mietung von Versammlungslokalen Mittel zur Verfügung zu stellen, konnte die Kommission nicht entsprechen. Nur in einem Falle wurde eine Summe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, weil die Verhältnisse an dem betreffenden Orte dies dringend geboten erscheinen ließen. Ebenso war es nicht möglich, alle die Gesuche um Gewährung von Mitteln zur Gründung und Erhaltung von Arbeitersekretariaten zu bewilligen, weil die Vorbedingung, die der Gewerkschaftskongress für die von der Generalkommission zu gewährenden Beihilfen als notwendig voraussetzte, in den Orten, aus welchen die Anträge kamen, nicht gegeben war.

Die Generalkommission hatte sich mit einem Antrage zu beschäftigen, nach welchem eine periodische Berichtserstattung über die Lage des Arbeitsmarktes im Korrespondenzblatt gebracht werden sollte. Die Organisation, die notwendig ist, um eine zuverlässige und genügende umfassende Berichtserstattung auf diesem Gebiete zu sichern, würde aber finanzielle Aufwendungen erfordern, welche wahrscheinlich größer sind, als der Vorteil, der den Gewerkschaften aus einer solchen Berichtserstattung erwachsen kann. Es sollte jedoch der Versuch gemacht werden, durch einheitliche zu gleicher Zeit zu erstattende Berichte der Centralvorstände einen Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu gewinnen. Auf eine Anfrage erklärten aber nur 13 Vorstände in der Lage zu sein, solche Berichte zu liefern und ist der Plan als vorläufig gescheitert zu betrachten. Auch Arbeitslosenzählungen an einzelnen Orten — aus zwei wurde dies beantragt — konnte die Kommission nicht unterziehen. Dagegen sind Fragebogen ausgearbeitet und an die Kartelle und Sekretariate versandt worden. In den Fragebogen soll Auskunft über alle wichtigen Vorkommnisse gegeben werden und wird somit für die Zukunft ein Gesamtbericht über die Tätigkeit der Kartelle und Sekretariate veröffentlicht werden können.

Den deutschen Centralorganisationen stand die Kommission vielfach als Vermittlerin in Streitigkeiten wegen Angliederung einzelner Branchen zur Seite. Die Entsendung eines Vertreters zu dem am 8. August in Glasgow abgehaltenen Kongress des englischen Gewerkschaftsbundes lehnte die Generalkommission ab. Der Bund ist die Vereinigung der fortgeschrittenen Gewerkschaften Englands zum Zwecke der gegenseitigen Streikunterstützung. Die ihm angehörenden Gewerkschaften gehören jedoch gleichzeitig der Gesamtverbandung an, die ihre Centrale in dem Parliamentary Committee hat und alljährlich den Trades Unions Congress abstellt. Das Parliamentary Committee war zweimal zu den Kongressen der Gewerkschaften Deutschlands eingeladen, hatte jedoch eine Delegation nicht entsandt, weil zwischen dem Tage der Einladung und dem Stattfinden des Kongresses eine Sitzung des Komitees nicht stattfand. Im Jahre 1899 war dies ein Zeitraum von acht Wochen. Zu dem Trades Unions Congress im Jahre 1896 in Edinburgh hatte die Generalkommission einen Vertreter entsandt und konnte deshalb wohl auf eine Gegendelegation der englischen Gewerkschaften rechnen. Statt dessen beschloß der Kongress in Plymouth im Jahre 1899, nicht nur keinen Delegierten zu den Kongressen der Gewerkschaften des Festlandes zu entsenden, sondern lehnte auch den Antrag ab, Berichte mit diesen Gewerkschaften auszutauschen. Unter diesen Umständen hielt die Generalkommission es für richtig, trotz erfolgter Einladung nicht eher einen Vertreter zu einem englischen Gewerkschaftskongress zu entsenden, als bis ein Delegierter der englischen Gewerkschaften zu einem Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erschienen sein wird. Nach der Aussprache, welche zwischen dem gleichfalls in Kopenhagen anwesenden Sekretär der Federation of Trade Unions und dem Vorsitzenden der Generalkommission stattgefunden hat, ist zu erwarten, daß zum nächsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands ein Vertreter der Federation erscheinen wird.

Fast vollen Erfolg hatte bekanntlich die Kommission mit der schwierigen Leistung der Vertreterwahlen zu den staatlichen Versicherungsanstalten. Nur die von den organisierten Seeleuten aufgestellte Kandidatenliste für die seemannischen Berufe erhielt nicht die Majorität. Die Einzelheiten dieses Wahlergebnisses sind vom Reichsversicherungsamt nicht bekannt gegeben. Wie sich das eigentliche Stimmverhältnis ergeben hat, ist für diejenigen, welche die Verhältnisse nicht näher kennen, völlig unverständlich. Vielleicht giebt das Reichsversicherungsamt darüber später noch einmal nähere Auskunft. Die Wahlarbeit würde für die Zukunft wesentlich erleichtert werden, wenn von vornherein dafür Sorge getragen wird, daß organisierte Arbeiter in die unteren Wahlkörper (Vorstände der Krankenkassen, Vertreter bei den Rentenstellen) gewählt werden. Das ist die Vorbedingung für die Sicherung eines Einflusses der organisierten Arbeiter in den Landesversicherungsanstalten und im Reichsversicherungsamt.

Die Auflage des inhaltlich bereicherten Korrespondenzblattes stieg von 10 900 Exemplaren im Dezember 1900 auf 12 100 Exemplare im Dezember 1901. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Gewerkschaftskartelle, welche das Blatt für ihre Delegierten direkt, gegen Erstattung der Postkosten (20 Pfg. pro Quartal und Exemplar) beziehen, sich von 18 auf 25 im letzten Jahre vermehrte. Die Auflage des italienischen Blattes *Operaio Italiano* hat sich im verfloffenen Jahre nicht vergrößert. Das Blatt erfreut sich nach wie vor der Aufmerksamkeit der Behörde. Es wurden im letzten Jahre zwei Anklagen gegen den Redakteur erhoben. Bei der einen wurde der Uebertreter der Behörde nicht belohnt. Die andere führte zu einer Geldstrafe von 100 Mk. Den wiederholten Anträgen der Genossen aus den Bezirken, in welchen die polnische Sprache vorherrschend ist, gab der Gewerkschaftsausschuß schließlich nach und wurde am 1. April 1901 ein polnisches Organ *Oswiata* (Erleuchtung) ins Leben gerufen. Die Einrichtung wurde in der gleichen Weise getroffen, wie bei *Operaio Italiano*, d. h. von den Gestellungskosten tragen die Verbände, welche das Blatt beziehen, zwei Drittel und die Generalkommission trägt ein Drittel. Der Gewerkschaftsausschuß wählte zum Redakteur den Genossen A. Gremski-Leipzig. Das Blatt hatte bisher eine Auflage von 3000 Exemplaren, die je zur Hälfte in der Provinz Posen und in Obereschlesien Verbreitung finden.

Rundschau.

Der Tabak in der Zollkommission. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schreibt: „Eine Gefahr für die Tabak-

industrie ist abgewendet, und zwar die gänzliche Aufhebung der Zolkkredite. Da zur Zeit unsere Tabakindustrie noch einen drei-, früher sechsmonatlichen Zolkkredit genießt, der vor allem den kleineren und schwach-situierten Fabrikanten zu gute kommt, so hätte die Annahme des Antrages Paasche-Wüller (betr. Aufhebung sämtlicher Zolkkredite) in der Kommission einen schweren Schlag auch für die Tabakindustrie bedeutet; der Antrag wurde jedoch auf vielfachen Wunsch zurückgezogen.“ In der Kommission traten besonders die Abgg. Geyer und Molkenbührer unter Hinweis auf die Tabakindustrie gegen den Antrag ein.

Die Deutsche Tabakzeitung schreibt zu dieser Angelegenheit: „Wir sehen die Lage nicht so günstig an. Die Gefahr ist unserer Ansicht nach keinesfalls durch diese Ablehnung gänzlich beseitigt, sondern sie wird wieder stehen und es heißt daher immer auf der Hut sein. Die Tabakzöllner ruhen nicht und da es die Lebenseristenz einer ganzen großen Industrie gilt, darf man sich nicht durch kleine Erfolge in Ruhe wiegen lassen. Also immer Vorzicht, ein bißchen Skeptizismus schadet nichts, im Gegenteil, er ist sogar mandmal sehr notwendig.“

Aus der Zolltariffkommission ist der nationalliberale Abgeordnete Freiherr Seyl zu Herrnsheim ausgeschieden. Damit tritt der erregtste Befürworter des Tabakzollens vom Schauplatz ab. Es wäre aber falsch, wenn man nun ruhen wollte und es heißt immer die Augen aufhalten, die Gefahr ist noch nicht beseitigt. — So schreibt die Deutsche Tabakzeitung. Es ist aber möglich, daß Herr Seyl bei der Tarifposition vorübergehend wieder in die Kommission eintritt, denn die Mitglieder der Kommission werden beim Tarif oft wechseln.

Ueber das neue Reichsamt für Arbeiterstatistik wurde am 1. Februar in der Budgetkommission des Reichstages debattiert. Der Name „Reichsamt für Arbeiterstatistik“ ist freilich nur ein Traum ferner Zukunft, denn in Wirklichkeit handelt es sich vorläufig um nicht mehr als um eine arbeitsstatistische Abteilung im Statistischen Amt des Reichsamtes des Innern, die die bisherige Reichskommission für Arbeiterstatistik ersetzen soll. Der Etat fordert für die Reorganisation die Summe von 52 000 Mk., wofür 39 000 Mk. an bisherigen Kosten der Reichskommission erspart werden. Die Debatte führte einige Klärung über die Zusammenfassung und Befugnisse des künftigen Arbeitsrates herbei. So erklärte Graf Posadowsky auf Anfrage Bebels und Hochs (Soz.), daß demselben die Kompetenzen der Reichskommission für Arbeiterstatistik ungeändert erhalten bleiben sollen, insbesondere auch das Recht, Reformvorschlüge in Form von Thesen aufzustellen. Wenn die Post gebühert habe, daß nach Schaffung der neuen Einrichtung die Gesetzesmacherei der Reichskommission aufgehört werde, so sei das nicht die Meinung der Regierung. 99 Proz. von dem, was sich als offiziös gebärde, sei es nicht. Dagegen zeigte sich Graf v. Posadowsky gegen alle Wünsche, eine direkte Verbindung zwischen Arbeitsrat und Arbeiterorganisationen herzustellen, beziehungsweise eine direkte Vertretung von Unternehmern und Arbeitern im Beirat zu schaffen, durchaus unzugänglich und hielt daran fest, daß die Mitglieder des Beirates vom Bundesrat und Reichstag gewählt würden. Ja, er reklamierte für den Bundesrat allein die Wahl von sieben Mitgliedern, während der frühere Vorschlag für beide Körperschaften die Ernennung von nur sechs Vertretern vorsah. Allerdings, meinte er herablassend, könne der Bundesrat ja auch Unternehmer- und Arbeitervertreter, namentlich aber auch Gewerbeinspektoren wählen. Abgesehen von unserem Zweifel, daß der Bundesrat dies thun wird, zeigt diese Antwort des Staatssekretärs deutlich genug, wie sehr derselbe sich bemüht, den wahren Zweck einer solchen Vertretung zu verkennen. Ein Arbeitsrat soll ein Vertrauensorgan für die von seiner Wirksamkeit betroffenen Arbeiter und Arbeitgeber sein. Vertreter, die vom Bundesrat ernannt werden, können kaum jemals Sachkenntnis und Vertrauen derjenigen Gruppe, der sie entnommen sind, in solchem Maße vereinigen, wie selbstgewählte Vertreter der einzelnen Gruppen. Der Widerstand der Regierung gegen eine vernünftige, auch in anderen Staaten erprobte Zusammensetzung des Arbeitsrates verrät doch ganz deutlich, wie sehr ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, einen neuen Namen für eine Reform auszugeben.

Christliche Tabakarbeiter und Centrum. Der Zolpolitik des Centrum ist eine neue Opposition entstanden. In dem in München erscheinenden Organ des Verbandes der christlichen Tabak- und Cigarrenarbeiter finden wir unter der Ueberschrift: Eine Gefahr für die Tabakarbeiter folgenden Artikel:

„Im voraus sei bemerkt, daß es hier nicht unsere Aufgabe sein soll, einen Kampf der Meinungen zu inszenieren, sondern vielmehr im Interesse unserer Arbeits- und Erwerbsverhältnisse unsere Ansicht zu der schwebenden Frage darzulegen. Um was dreht sich die Sache? Um die Mehrbesteuerung des ausländischen Tabaks. Noch nicht lange ist es her, daß die Tabakindustrie durch ein ähnliches Vorhaben in Schrecken versetzt wurde. Es war im Jahre 1893, wo eine Vorlage auf Erhöhung der Tabakfabrikation eingebracht wurde, dieselbe wurde aber nicht genehmigt. Jetzt denkt man wieder mit einer ähnlichen Vorlage die Tabakindustrie zu beschweren, was aus der Etatsrede des Reichsschatzsekretärs v. Thielmann entnommen werden muß, indem derselbe sich äußert: Zum erstenmal muß das Reich zur Bilanzierung des Etats zu einer Ergänzungsanleihe schreiten, um laufende Ausgaben aus der Anleihe zu befriedigen, es müsse eine Mehreinnahme bewilligt werden, die auch wirklich durchschlagend sei, und als solche sei die Besteuerung von „Bier und Tabak“ zu empfehlen. Wie sehr die Worte des Herrn Schatzsekretärs Gehör gefunden, beweist der sofort eingebrachte Antrag in der Zolltariffkommission des Freiherrn v. Seyl zu Herrnsheim: den Zoll auf ausländische Tabakblätter von 85 Mk. auf 125 Mk. pro Doppelcentner zu erhöhen.

Christliche Berufscollegen, darf das geschehen? Wir sagen nein! Darum, christliche Berufscollegen, sammelt Material, damit wir zur gebotenen Zeit und an maßgebender Stelle dieses zur Verfügung haben und Aufklärung geben können, daß eine Mehrbelastung des Tabaks auf unser Erwerbsleben schädlich einwirkt.“

Die Gefahr neuer indirekter Steuern ist durch die Militär- und Marinepolitik des Centrum hervorgerufen. Woraus man ersehen kann, wie das Centrum die wirtschaftlichen Interessen der katholischen Arbeiter vertritt.

Kampf in der amerikanischen Tabakindustrie. Die American Tobacco Company hat gegenüber der Vereinigung

der beiden großen Cigarrenfirmen *Genet Cui* und *Wad v. Co.* sich veranlaßt gesehen, die Fabrik *Cabanas y Carbajal*, eine der ältesten und besten Tabakmanufakturen der Insel Cuba zu kaufen. Dies hat den Zweck, im Gegensaße zu den beiden vereinigten Fabriken und deren Verbindung mit der *Habana Commercial Company* eine maßgebende Stellung in der Beherrschung der Tabakindustrie Cubas zu gewinnen. Die *Financiel Pinces* bemerkt hierzu: „Es sei unbestritten, daß sich 80—90 Proz. der gesamten cubanischen Tabakerzeugung in den Händen oder dem Einflusse der *Clay-Bod-Gesellschaft* befinden. Die *American Tobacco Company* würde also, auch wenn sie noch andere cubanische Fabriken ankauft, höchstens 15 Proz. der dortigen Tabakproduktion unter ihren Einfluß bringen.“

Situationsbericht über die Lage der Tabakarbeiter im 47. Agitationsbezirk.

Von Seiten der Agitationskommission obigen Bezirks war eine Erhebung resp. eine Agitationstour im Dezember 1901 unternommen worden. Daß die Bearbeitung dieses Distrikts mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die wirtschaftlichen und politischen Zustände beeinträchtigen stark die geistige Thätigkeit der Bevölkerung. Wenn in den anderen Berufen die Verhältnisse ungünstig sind, so stellte sich bei der Erhebung heraus, daß in der Tabakindustrie die Verhältnisse miserable zu nennen sind. Man soll es kaum für glaublich halten, daß unter solchen Umständen Arbeiter noch vegetieren können. Es ist immer auf Süddeutschland (Baden) verwiesen worden, aber es steht fest, daß in unserem Bezirk Verhältnisse bestehen, welche denen in Baden mindestens gleichkommen. Verfasser stützt sich für diese Behauptung auf persönliche langjährige Erfahrungen in Süddeutschland. In den Regierungsbezirken Köln und Aachen werden annähernd 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, letztere erreichen die Zahl von 3500, also $\frac{1}{2}$ der Gesamtzahl. Das beweist, daß die Unternehmer darauf bedacht sind, billige Arbeitskräfte sich zu verschaffen um den Profit zu erhöhen. Daß hier Praktiken vorkommen, welche höchst verwerflich sind, ist bekannt. Verschiedenes versteht gegen die Gesetze. Aber, wo kein Kläger, ist auch kein Richter. Möge nun der Bericht der einzelnen Orte folgen, der oben angeführtes bestätigt.

In Odenkirchen sind 40—45 Roller beschäftigt bei einem Lohn von 6—13 Mk. pro Mille. Die Mehrzahl der Sorten werden in der Preislage bis 8 Mk. angefertigt. Hochneufkirchen beschäftigt 50—60. Lohn von 5.50 Mk. pro Mille aufwärts.

In Odenrath und Vorschwich sind bei einem Lohn von 6 Mk. pro Mille 18 beschäftigt. In diesen Orten sind mit einzelnen Ausnahmen alles männliche Arbeiter.

Die Leistung schwankt zwischen 2000—3000 pro Woche, dabei muß jeder sich selbst die Wickel machen. In erstgenannten Orten beträgt die Ausgabe für eine Wohnung von 2—3 Zimmern 120 Mk. jährlich; in Odenrath und Vorschwich dagegen 20 Mk. jährlich weniger. Daß die Arbeiter halb Land- halb Industriearbeiter sind, wie es früher eine Zeit lang war, davon kann keine Rede mehr sein. Heute haben sie ihre Hauptbeschäftigung in der Fabrik. Gewiß giebt's noch solche, die ein Stückchen Land bebauen, ein paar Centner Kartoffel, ferner Salat und Gemüse ernten. Aber sie müssen meistens noch viel zukaufen zum Unterhalt. Dester wurde versucht, diese Kollegen aufzurütteln aus ihrer Gleichgültigkeit, denn nur eine gute, stramme Organisation ermöglicht es, menschenwürdigeren Zustände zu schaffen. Aber speziell die Unternehmer in Odenkirchen haben unsere Zahlstelle mit allen Kniffen zu Falle gebracht. In keinem der genannten Orte gehört ein Kollege unserer Organisation an, trotz allen Versuchen. In Hochneufkirchen sollen angeblich 30—40 dem christlichen Tabakarbeiterverband angehören. Wüßten die Kollegen doch bald zu einer besseren Einsicht kommen, sonst verschlechtern sich die Verhältnisse immer mehr. Besonders haben einzelne Orte, wie Köln, Düsseldorf zc. unter der Konkurrenz von Aachen zu leiden, wie verschiedene Lohnbewegungen bewiesen haben. Es ist dies leicht erklärlich, da in Aachen, Würselen, Grevenberg, Morsbach und Rotheerde traurige Zustände herrschen in Bezug auf Lohn und Arbeitsbedingungen. Beschäftigt werden nur weibliche Arbeiter, und zwar mindestens 3000 bis 3300 an der Zahl. Die männliche Arbeitskraft ist total verdrängt. Bei sehr mangelhaftem Material werden für einen Rahmen Cigarren = 260 Stück 90 Pfg. Rollerlohn bezahlt. Noch niedrigere Löhne erhalten die Hausarbeiterinnen, und zwar sogar mit der Begründung, daß die fertige Ware an Qualität verliere, wenn sie über die Straße getragen werde. Besonders Gewicht wird auf saubere Arbeit gelegt; aus diesem Grunde werden viel Ausschuß-Cigarren angerechnet. Der Millepreis steht von 4.30 Mk. bis 7.50 Mk. für Wickel- und Cigarrenmachen.

Auch giebt's noch einzelne bessere Sorten. Der Wochenlohn der Arbeiterinnen beträgt durchschnittlich noch keine 10 Mk. Daß hier ein ausgiebiges Feld der Ausbeutung vorhanden ist, haben auch viele christliche Unternehmer eingesehen. Ob diese Zustände sich mit ihrer christlichen Weltanschauung decken, bezweifeln wir sehr. Man glaubt, in einzelnen Fabriken die Arbeiterinnen über ihre erbärmliche Lage hinwegtäuschen zu können, indem Alkäre errichtet und Vestunden abgehalten werden. Auch werden Arbeiterinnen noch veranlaßt, von ihrem fargen Lohne noch etwas abzugeben für Missionszwecke. Diese unwürdigen Zustände müssen mit allen Kräften beseitigt werden, sie sind schuld, daß die Mehrzahl der Arbeiterinnen in Verhältnissen leben, die aller Beschreibung spotten. Hier eingzugreifen, ist unsere Pflicht, überhaupt eines jeden anständigen Menschen. (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches.

Achtung! Cigarrensortierer und Sortiererinnen wollen sich vor Annahme von Arbeit in Berlin an Kollegen Albert Werner, Berlin N. 58, Treskowstraße 46, Hof links wenden.

Achtung! Alle diejenigen Kollegen, welche hier in Hadersleben oder Rendsburg in Arbeit treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse erst an den Vorstand hier in Hadersleben wenden. Schriftliche Anfragen werden gleich beantwortet. Johannes Heden, Tabakspinner, Schlachterstraße Nr. 651, Hadersleben.

Wichtig. Die Differenzen bei der Firma Fehner sind ausgeglichen, sämtliche Lohnzüge sind rückgängig gemacht; die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Achtung, Cigarrenarbeiter! Zugug nach Hastedt bei Bremen ist fernzuhalten.

In Gilden bei Düsseldorf bestehen in der Fabrik von Heinrich Hartmann Differenzen. Zugug ist fernzuhalten.

Herr Hartmann hat sämtliche bei ihm beschäftigt gewesene Kollegen gemahnt.

Hildorf. Zugang nach Hildorf ist streng fernzuhalten, da hier Differenzen bestehen. Auch werden die reisenden Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß hier keine Reiseunterstützung mehr ausbezahlt wird.

Köln. Zugang nach Köln ist fernzuhalten, da hier das Bestreben besteht, auf jegliche Art die unbedeutenden Mitglieder des Verbandes los zu werden.

Achtung, Kollegen! Der Zugang nach Siegnitz ist streng fernzuhalten, da Lohnunterschiede vorliegen.

Münchehof am Harz. Wegen Aussperrung sämtlicher Cigarrenarbeiter der Firma Arnold Erbrink u. Meyer ist der Zugang nach Harriehausen und Münchehof fernzuhalten.

Dröy. Die Kollegen wollen beachten, daß bei der Firma Adolf Tendinger Lohnunterschiede bestehen.

Schmölln. Da neuerdings wieder Differenzen ausgebrochen sind, ist der Zugang fernzuhalten.

Schweynitz i. S. In der Fabrik von Dieck wurden pro Wille 50 Btg. bis 2 Mk. Lohn abgezogen und das Verlangen gestellt, aus dem Verband auszutreten. Zugang ist darum fernzuhalten.

Stettin. Der Zugang nach Stettin ist streng fern zu halten, wegen Lohnunterschieden. Die Bevollmächtigten werden ersucht, wenn Arbeitsgesuche von Stettin einlaufen, dieselben unberücksichtigt zu lassen, und die Herberge in Kenntnis zu setzen, damit die Arbeitsgesuche dort nicht aufgelegt werden.

S. A.: Der Bevollmächtigte.

Stolz i. Pom. Ueber die Fabrik von R. Reismann ist die Sperre verhängt, weil Lohnunterschiede bestehen. Die reisenden Kollegen werden darauf besonders aufmerksam gemacht.

Templin. Die Kollegen werden ersucht, den Zugang nach hier fernzuhalten, da die Firma Wüstenberg ein Verbandsmitglied maßregelt.

S. A.: Der Bevollmächtigte von Breslau.

In der Gewerkschaft der Buchdrucker hat eine Urabstimmung darüber stattgefunden, ob die Gewerkschaft nicht durch Vermittlung der Generalkommission eine Vereinigung mit dem Verband deutscher Buchdrucker erstreben sollte. Der Antrag ist mit 128 gegen 58 Stimmen abgelehnt worden. Die noch nicht vorliegenden Resultate aus einigen Orten können an diesem Resultat nichts ändern.

Protest einer christlichen Gewerkschaft gegen den Brotwucher. Aus Krefeld wird uns geschrieben: Der christliche Gewerbeverein der Ziegler hat auf seiner Generalversammlung einen Antrag angenommen, der die Mitglieder auffordert, ihre Gegnerschaft gegen die Zolltarifvorlage außerhalb des rein wirtschaftlichen Zwecks verfolgenden Gewerbevereins zu betätigen, dabei bringt der Antrag aber zum Ausdruck, daß die Ziegler Gegner der Vorlage sind.

Dieser Antrag war das Ergebnis einer Vereinbarung, die auf der Generalversammlung nach langen Verhandlungen zustande kam. Es lagen eine Anzahl Anträge vor, eine Petition gegen die Zolltarifvorlage an den Reichstag zu erlassen und eine Protestresolution zu fassen. Nur dem vermittelnden Eingreifen einiger Delegierten ist es zu danken, daß es über die Frage nicht zum offenen Bruch zwischen dem Vorsitzenden des Verbandes, der über den Punkt nicht verhandeln lassen wollte, und der Mehrheit der Delegierten kam. Für ihre „unvernünftige“ Stellung zu dem Brotwucher werden die Ziegler vom katholischen Arbeitersekretär Viehschütz in der Westdeutschen Arbeiterzeitung gerüffelt.

Ein städtischer Arbeitsnachweis unter freisinniger Herrschaft. Der städtische Arbeitsnachweis in Nürnberg führt bei den dortigen Arbeitern längst den Titel „Streifbretcherbureau“. Wie berechtigt diese Bezeichnung ist, lehrt ein Vorfall aus den letzten Tagen, den die Fränkische Tagespost mitteilt.

Ein Arbeiter fragt auf dem Bureau um Arbeit nach. „Sind Sie organisiert?“ wird gefragt. Der Arbeiter bejaht die Frage. „Bedenken! Ist keine Arbeit da!“ Der Arbeiter, durch die Frage nach der Organisation stutzig gemacht, beauftragt seinen draußen wartenden Kollegen, einmal sein Glück zu versuchen, aber nicht zu sagen, daß auch er organisiert sei. „Sind Sie organisiert?“ fragte wiederum der städtische Beamte. Der Gefragte verneint die Frage — und bekommt dann Arbeit zugewiesen in der Weistheimischen Holzwarenfabrik, in der die Arbeiter im Ausnahmefalle, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Daß der Arbeiter sich dafür bedankte, die vom städtischen Streifbretcherbureau angewiesene Arbeit zu übernehmen, ist selbstverständlich.

Solche „paritätischen“ Arbeitsnachweise können den Arbeitern gestohlen bleiben.

Ein neuer Anschlag gegen die Trades-Unions. Die Grubenbesitzer von Süd-Wales scheinen nunmehr wirklich die vom Hause der Lords durch das Urteil in der Taff-Valle-Eisenbahn-Angelegenheit geschaffene Hastbarkeit der Gewerksvereine für den Schaden, der aus dem Verhören ihrer Mitglieder für die Unternehmer erwächst, zu einem schweren Schläge gegen die Vereinigung der Bergleute ihres Reviers benutzen zu wollen. Veranlassung bietet ihnen die Tatsache, daß die Bergleute durch Einschließen von Feuerschichten die Förderung einzuschränken und damit das weitere Sinken der Kohlenpreise zu verhindern suchten. Die South Wales Daily News schreibt, die Unternehmer beabsichtigen, für jeden Mann 1 Sch. für die Tonne des durch die drei Schichttage entstandenen Ausfalls in der Kohlenförderung als Schadenersatz zu verlangen. Die Durchschnittsleistung eines Mannes wird auf 4 Tonnen in drei Tagen berechnet, und deshalb würde für jeden Mann ein Schadenersatz von 4 Sch. zu zahlen sein, wozu noch die laufenden Betriebskosten kämen.

Berichte.

Berlin. In der öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung am 12. Februar in der Brauerei Bölow referierte Reichstagsabgeordneter Förstner-Hamburg über die bereits angekündigte Mehrbelastung des Tabaks. Die Ausführungen des Referenten gipfelten darin, daß wir auf unserer schönen Erde einen Moloch haben, welcher den größten Teil der Einnahmen aus den indirekten Steuern und Zöllen für sich allein in Anspruch nimmt und verbraucht, dieser Moloch heißt Militarismus. „Neue Kanone, neue Gewehre, neue Panzer“ ist die Parole für den Moloch und zur Beschaffung dieser Dreieinigkeit gehört Geld und wieder Geld. Der neue Zolltarif soll dazu dienen, das fehlende Geld dazu heranzuschaffen, natürlich darf auch der Tabak dabei nicht fehlen. Wenn auch im Zolltarif der Tabak mit einer höheren Belastung nicht vermerkt ist, so werden aber doch von einflussreicher Seite Anträge gestellt, welche den Einfuhrzoll erhöhen wollen und zwar von 85 Mk. auf 125 Mk. den Doppelcentner. Die Regierung hegt jedoch andere Pläne. Diese Anträge genügen der Regierung garnicht. Was nützt der Regierung, wenn der Zoll auf Rohtabak von 85 auf 125 Mk. der Doppelcentner erhöht wird? Diese Erhöhung schlägt nach den Meinungen

der Regierungsvertreter nicht genügend zu Buch. Die Pläne der Regierung sind noch in Dunkel gehüllt, wir müssen uns auf etwas ganz Außerordentliches gefaßt machen. Aus diesem Grunde müssen die Tabakarbeiter allerorts Deutschlands sich klar sein, was sie zu thun haben. Als im Jahre 1893 die Fabriksteuer drohte, fand sie eine festgeschlossene, zielbewusste von Arbeitern geleitete Organisation gegen sich. Die Arbeiter sind sich klar, daß jede Mehrbelastung des Tabaks, sei es durch Fabriksteuer, durch Erhöhung des Eingangszolles oder mittels Monopols eine schwere Schädigung ihrer Existenzbedingungen bedeutet. Dagegen muß durch Versammlungen, Kongresse und Petitionen wie früher protestiert werden. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige Verlammlung der Tabakarbeiter Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Kollegen Förstner voll und ganz einverstanden; sie verpflichten sich, der ihnen durch die Mehrbelastung des Tabaks drohenden Gefahr durch geeignete Agitation entgegen zu treten.“ In der zum zweiten Punkt der Tagesordnung stattfindenden Diskussion wurde von einigen Kollegen, welche der 1888er Kongresskommission angehört hatten, darauf hingewiesen, wie wirksam die Agitation damals entfaltet wurde, es wurden allerorts Kommissionen und Agitationskomitees gebildet, welche sich mit der damaligen in Berlin zusammengetretenen Kommission in Verbindung setzten. So müßte auch diesmal, wenn die Mehrbelastung des Tabaks greifbarere Formen gewinnt und die Agitation mit ihren Plänen herausbricht, die Sache gehandhabt werden. Dieser Ansicht stimmte die Versammlung zu und erwählte sich eine Kommission, bestehend aus nachfolgenden Kollegen: W. Voerner, C. Bntry, M. Kiesel, M. Otto, Fr. Sperber. Kollegen Deutschlands! Wir glauben Euch nochmals auf den Ruf: An die Tabakarbeiter Deutschlands, in Nr. 5 des Tabakarbeiter, hinweisen zu müssen. Alle Anfragen sind zu richten an W. Voerner, Berlin S., Ritterstraße 15.

Gastet bei Bremen. Am 18. Februar fand eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und die geplante Steuer. 2. Diskussion. Kollege Krappf nahm zum 1. Punkt das Wort und entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise. In der darauffolgenden Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, eine Kommission von sieben Personen zu wählen, welche sich mit der Berliner Kommission in Verbindung setzen soll. Der Vorschlag fand Annahme; es wurden folgende Kollegen gewählt: J. Huber, H. Dahm, H. Wohlers, H. Krappf, J. Brubnsen, H. Jung, J. Otto.

Siegnitz. Sonntag den 16. Februar hatte das Gewerkschafts-Kartell eine Sitzung einberufen. Ein Kommissionsmitglied der ausgesperrten Tabakarbeiter erstattete ausführlichen Bericht über die Lohnabzüge und Aussperrung der Arbeiter der Firma Förstner. Zu dieser Versammlung waren auch die beiden Arbeitswilligen Karl Langer und Friedrich Lorenz eingeladen und erschienen. Von den Lohnabzügen überführt, erklärten sie sich mit den ausgesperrten solidarisch. Der Vorsitzende teilte mit, daß nach einer aufgenommenen Statistik die Tabakarbeiter in ihren Lohnverhältnissen am hiesigen Orte in letzter Reihe stehen, und trotz alledem ihren Verpflichtungen den anderen Gewerkschaften gegenüber stets nachgekommen sind. Das Kartell faßte hierauf den Beschluß, den Tabakarbeitern die moralische Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft auszusprechen. Im weiteren wurde mitgeteilt, daß sich die ausgesperrten in betreff ihrer 14tägigen Kündigungsfrist an das Gewerbegericht gewandt haben und ein Sühnetermin auf Montag den 17. Februar angesetzt war. Es wurde noch im Kartell beschlossen, falls es nicht zu einer Einigung kommt, ein Schreiben an den Inhaber der Firma zu richten und um Anbahnung erneuter Verhandlungen ersuchen. Da es zu einer Einigung nicht gekommen ist, so batte der Vorsitzende des Kartells sich mit einem Schreiben an Herrn Förstner gewandt. Genannter Herr hat es aber abgelehnt, mit der genannten Gewerkschaft zu unterhandeln. Hoffentlich wird das Gewerbegericht zu unseren Gunsten entscheiden. Leider hat sich eine Kollerin, Frau Klara Wollschläger aus Goldberg, eingefunden, die sich uns nicht angeschlossen hat. Weiter teilen wir auch noch mit, daß der Vorstand und Ausschuß unsere Sache zur Vereinsache gemacht hat. Da wir aber zwei Nichtmitglieder zu unterstützen haben, so ersuchen wir auch, uns mit freiwilligen Beiträgen zu unterstützen; vor allem ersuchen wir, den Zugang wegen Arbeitsmangel nach Siegnitz streng fernzuhalten. Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an Julius Ismer, Ritterstraße 7, I.

Waldheim. In der am Montag den 17. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung war folgende Tagesordnung festgelegt: 1. Kassenbericht; 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell und 3. Verschiedenes. Nachdem der 1. Bevollmächtigte, Kollege Damm, die Versammlung eröffnet, geht zu dem 1. Punkt Kollege Haupe ausführlichen Bericht und bemerkt ausdrücklich, daß am Anfang 1901 unsere Zahlstelle 79 Mitglieder und am Ende desselben Jahres 154 Mitglieder zählte. Reiseunterstützung wurde in diesem Jahre 52,78 Mk., aus der Zuschußkasse 39 Mk. gezahlt. Dieser Bericht wurde mit Interesse entgegengenommen und dem Kassierer Decharge erteilt. — Zu Punkt 2. berichtet Kollege Raß in längerer und sachlicher Weise über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells im verflohenen Jahre. Zum Schluß seiner Rede teilt Redner noch mit, daß in kurzer Zeit ein Vortrag über Unfallversicherung hier stattfinden wird und bittet die Kollegen, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Unter Punkt 3 wird von Kollegen Gebhard ein Antrag eingebracht, welcher bezweckt, in vier Wochen eine öffentliche Tabakarbeiter- und Gewerkschaftsversammlung einzuberufen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Sodann bringt Kollege Haupe die Bibliothek des Gewerkschaftskartells in Erinnerung und empfiehlt den Anwesenden, dieselbe recht fleißig zu benutzen, auch ist Haupe erbötig, über etwaige Fragen betreffs der Invaliditäts- u. Versicherung in unseren Versammlungen soweit wie möglich Auskunft zu geben. Nachdem der 1. Bevollmächtigte den Wunsch ausgesprochen, daß die nächsten Versammlungen ebenfalls wieder recht zahlreich besucht werden möchten, schloß derselbe die Versammlung.

Briefkasten.

Neumünster. Der Name Thiene ist aus Versehen unter die Warnung gekommen.

Waldheim. Thut mir leid, ich muß ablehnen. Geyer.

Vereinsteil.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: Hamburg-Nielsenstr. 5, I. Ausfüh: D. Sidow, Brandenburg a. S., Ullienstraße 30. Schiedsgericht: A. Hanisch, Dresden-N., Königsbrücker Str. 41, IV.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen: Delitzsch 200 Mk., Ottenheim 400 Mk., Rathbor 100 Mk., Mühlheim 150 Mk., Schorndorf 160 Mk., Summa: 1010 Mk. Sterbefälle: Delitzsch 9,86 Mk., Nürnberg 13,50 Mk., Summa: 23,36 Mk.

Zuschüsse an die Ortsverwaltungen: Köln 100 Mk., Nürnberg 100 Mk., Ostersheim 100 Mk., Zeitz 100 Mk., Leipzig 75 Mk., Cannstatt 75 Mk., Feuerbach 75 Mk., Offenbach 100 Mk., Summa: 725 Mk. Sterbefälle: Ottenheim 100 Mk.

Durch die Hauptkasse erhielten Krankengeld: Frau Better in Cesen 6,60 Mk., C. Etisch in Neustadt 33,75 Mk., Frau Viertel in Schweidnitz 6,60 Mk., F. Gursch in Bronke 11,10 Mk., Frau Säufner in Garperdsdorf 6,60 Mk., F. Müller in Bretten 11,10 Mk., C. Schöff in Stavenhagen 11,10 Mk., D. Ehrhardt in Golsbach 11,10 Mk., W. Fraß in Roda 15 Mk., A. Fehes in Klein-Aubeim 11,10 Mk., Frau Eiser in Fürstenaue 6,60 Mk., Summa: 180,65 Mk. Hamburg, den 24. Februar 1902. F. Otto.

Beigetreten sind: In Bernburg: A. Göbke und A. Schule aus Bernburg. Abt.: Aug. Greif, Blumenstr. 6. Dresden: Frau A. Jockko aus Gadowitz. Abt.: R. Richter, Helgolandsstr. 3, II. Emmendingen: Bertha Fischer aus Heimbach, Marie Gammenthaler aus Eubingen. Abt.: R. Sillmann, Westend 227. Groß-Aubeim: Elin. Braun aus Mittelbüchen, Marie Lange aus Groß-Aubeim. Abt.: C. Neus, Lange Str. 28. Harburg: W. Strohmeyer aus Harburg. Abt.: W. Wiedemann, Keesberg 89. Landsberg a. S.: D. Wrenslow aus Neu-Melissen. Abt.: R. Kariter, Zimmerstr. 1, II. Ottenheim: A. Nielsen aus Dönsen. Abt.: E. Eifen, Lagerstr. 11a. Schönlanke: H. Kelm aus Schönlanke (z. N.). Abt.: F. Schendel, Poststr. 19. Seckenhelm: G. Gumb aus Seckenhelm. Abt.: Th. Fedel. Hauptkasse: Pet. Keil aus Ellenbach. Hamburg, den 24. Februar 1902. S. Lemj.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Das Mitgl. d. Bdg. Pürsch aus Vierhau, Buch Ser. III, 07569, ist von Schönlanke mit vier Wochen Rest und ohne sich abgemeldet zu haben, abgereist. Demselben darf keine Reiseunterstützung verabfolgt werden.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 18. bis 25. Februar 1902 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
Nr.	M. S.
17. Frankfurt a. O.	65.—
17. Gießhahmicher	25,80
17. Belgien	10.—
17. Waimbeck	150.—
17. Städte	20.—
17. Brieg i. Schl.	50.—
18. Halberstadt	200.—
18. Derselheim	80.—
18. Sommerfeld	50.—
18. Mittweida	30.—
20. Teuchern	15.—
20. Egerleben	50.—
20. Nürnberg	20.—
22. Wälschhausen	1,80
22. Salungen	30.—
22. Emmerich, G. v. d. Pütten	2.—
23. Sorau	20.—

B. Freiwillige Beiträge:	
Nr.	M. S.
17. Februar. Breslau, W. Wotzicka	37,30
18. Salbau, E. Schmidt	—,50
23. Kassel, A. Mucha	6,90
23. Sorau, P. Prüfer	4,30

C. Für Annoncen:	
Nr.	M. S.
23. Februar. Sorau, P. Prüfer, in Nr. 50 des Tab.-Arb.	—,60
23. Greiffenberg, C. Reutig, in Nr. 9 und 10 des Tab.-Arb.	—,70

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwa die Herren Abfender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen, den 24. Februar 1902. W. Nieder-Wesland, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Baiersfurt b. Ravensburg: Friedrich Lupfer als 1. Bev. Für Füssenwalde: Fritz Etem, Paul Nickel, Gust. Birtholz als Kontrollreue. Für Teuchern: Emil Bollmann als 1. Bev. Für Egerleben: Jos. Wagner als 2. Bev.; Ernst Gerke, Wilh. Heilmüller als Kontrollreue. Für Derselheim: Hugo Thielmann als 3. Bev.; J. Luft als Kontrollreue. Für Sorau: Max Wonneberger als 2. Bev. Für Zerbst: Gustav Ludtke als Kontrollreue.

Provisorisch aufgenommen sind:

Arthur Haupt, Wilh. Lehnert, Selma Drosche und Auguste Stirl aus Freiberg, Emil Borrman aus Zug bei Freiberg, Heinrich Heine aus Pausa, Elsa Helbig aus Freibergsdorf, Selma Keller aus Jauer, Minna Rade aus Nossen, Bertha Seifert aus Halsbrücke, Marie Wagner aus Deberau. (103) Georg Stahl aus Neckarhausen, Karl Wimmer aus Falkenberg. (213) Marie Gottschalk aus Bernsdorf. (459) Emil Menzel aus Eibau. (195) Jos. Grotarz aus Duisburg. (83) Paul Otto aus Glas. (412) Otto Schulz aus Hermsdorf bei Sagan. (328) Hermann Stel aus Salungen. (311) Lisette Sude aus Münden, Anna Bede aus Münden, Herm. Schmitz aus Knickhagen, Carl Stüde aus Nienhausen, Chr. Becker aus Wackerhagen, Herm. Eickemeyer aus Northheim, Fr. Rappe aus Wikenhausen, Pauline Sude aus Gelnhausen, Rich. Verbobe aus Nordhausen, Otto Seitz aus Northheim, Wilhelm Fahrnholz aus Münden. (216) Robert Drasdo und Minna Drasdo aus Zeitz. (37) Hermann Seipel aus Gr.-Schönau (z. N.). (249) Emma Hinke aus Pölsitz, S.-A. (282) Paul Block aus Müncheberg (z. N.). (441) Hugo Dertel und Ernst Nagler aus Grüna, Hedwig Frida Schmidt aus Hilsberdorf. (54) Johann Schücker aus Neuhengstett. (336) Otto Müller, Wilh. Krüger aus Schwedt. (335) H. Carlstens aus Hamburg. (228) Paul Eißner aus Sommerfeld (z. N.). (230) Anna Jänich aus Nieder-Streit, Marie Hintel aus Jauer, Marie Neumann aus Frankenstein, Henriette Altrip aus Neusalz a. O., Martha Schmitz aus Striegau, Pauline Fritz aus Lüben i. Schl., Marie Tisch aus Siegnitz. (188) Roman Pehm aus Schaffhausen, Rudolf Eichhorn, Hermann Stuber, Lorenz Stuber, Eduard Krebs, Lorenz Späth, Merthias Chret, Karl Gimbart, Ferdinand Krebs, Rudolf Eichhorn, Hermann Späth, Hermann Haas aus Heiligenzell. (407) Leopold Bögl, Wilh. Siebel, Karl Altmüller aus Oberschöpfheim, Philipp Moyer, Hermann Moyer, Franz H. Schmidt, Joh. Lehmann, Herm. Kelter, Franz Huber, Franz Weichte, Adolf Werner, Meinrod Eisenbeis, Karl Fast, Benjamin Kottler, Jakob Schrempf, Lorenz Weichte, Aridolm Schrempf, Herm. Lauer, Wilh. Müller, Andreas Schmönd, Paulus Kottler aus Oberweier. (363) Friedrich Stühr aus Alttona (z. N.), Hermann Mater aus Wusterhausen (z. N.), Gustav Lahn aus Frankendorf (z. N.). (182) Heinr. Langheinrich, Frau Stolle geb. Upenahl (z. N.), Henriette Dorothea Dreweß, Geline Meyer aus Bremen (z. N.). (34) Karl Hofmann aus Schönefeld, Julius Döring aus Schilbau, Hermann Pabiz aus Alt-Dietz, Minna Cule aus Roschitz, Gustav Adolf Hermann aus Schkeuditz. (201) Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt.

In Egerleben: Bei Jos. Wagner, jedoch nur an Mitglieder, die am Ort in Arbeit treten.

In Gochshain: An Wochentagen in der Fabrik von F. Geyer u. Co. An Sonn- und Festtagen im Restaurant Ernst Mitschke, Radeburg-Straße, von 11—1 Uhr mittags durch M. Schilde.

In **Ludewald**: Bei Otto Behrend, Mittelstraße 14. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-2 Uhr mittags.

Adressenänderungen:

Für **Dresden**: Als Obmann des 14. Agitationsbezirks wurde Hugo Racuraw, Dresden-N., Hechtstr. 44, III., gewählt.
Für **Hildesheim**: Der 1. Bev. Wilh. Marahrens wohnt Osterstraße 58, I. — Rufnummern von der Fabrik ist streng unterlagt.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In **Gippsdorf**: Sonnabend den 1. März im Lokal des Herrn Schröder. Tagesordnung: 1. Vortrag von Heinrich Kraus, 2. Diskussion.
In **Tannenberg-Geyer**: Sonntag den 2. März in der Arbeiterhalle zu Geyer.
In **Ludewald**: Montag den 3. März.

In **Wernigerode**: Montag den 3. März abends 8 Uhr im Volksgarten. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend erwünscht.
In **Schwibus**: Sonnabend den 3. März abends 8 Uhr bei Gondolatsch. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
In **Hersford**: Sonntag den 9. März vormittags 10^{1/2} Uhr bei S. A. Der Bevollmächtigte.

Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes (St. Bremen). 2. Quartal 1901.

Einnahmen:		Ausgaben:	
Barbestand in den Zahlstellen am 1. April 1901	29 618.98	A. Zahlstellen:	
In Händen des Vorstandes am 1. April 1901	10 250.27	An Reiseunterstützung a) Verheiratete	1 009.73
A. Zahlstellen:		b) Ledige	5 977.32
Für Mitgliedsbücher	302.80	" Unterstützung beim Umzug	6 987.05
An Verbandsbeitrag à 20 Pfg.	26 658.80	" " für Rechtschutz	1 886.06
" " " à 10 Pfg.	1 569.60	" " " Maßregelung	95.70
" " " à 15 Pfg.	5 421.80	" " " Streikende	1 540.—
" Zuschußbeiträge à 25 Pfg.	6 989.25	" " " beim Ableben der Ehehälften	28 243.48
" " " " à 20 Pfg.	—80	" Agitationsunkosten	970.—
" " " " à 15 Pfg.	4 691.10	" Verwaltungskosten a) persönliche	2 578.17
" " " " à 10 Pfg.	6.40	" " b) sächliche	659.04
" Strafgelder	6.50	" " c) für Boten	1 135.95
" Abonnement für den Tabak-Arbeiter	3.—	" sonstigen Ausgaben	447.65
" sonstigen Einnahmen	14.16	" Unterstützung aus der Zuschußklasse pro Tag 1 Mt.	6 057.—
" freiwilligen Beiträgen	1 093.25	" " " " pro Tag 50 Pfg.	3 799.50
" zurückgezahlten Geldern	184.25	" Unterschlagungen	264.02
B. Hauptkasse:		" Differenzen	46.87
Einzelbeiträge	1.60	B. Hauptkasse:	
" zurückgezahlten Geldern	67.10	Reiseunterstützung	3.28
" freiwilligen Beiträgen	13 804.25	Agitationsunkosten	352.90
" " " für die Glasarbeiter	90.95	Unterstützung aus freiwilligen Beiträgen	200.—
" Abonnement für den Tabak-Arbeiter	—75	Abonnement für den Tabak-Arbeiter	4 737.32
" für Annoncen	4.90	Verwaltungskosten: a) persönliche	1 370.50
" internationale Marken	3.—	" " b) sächliche	972.65
" Marken der Generalkommission	5.—		
An Darlehen zurückgehalten	871.45	Barbestand in den Zahlstellen am 30. Juni 1901	28 529.45
	13 977.55	In Händen des Vorstandes am 30. Juni 1901	8 586.99
	871.45		
	101 659.96		101 659.96

Bilanz:

Gesamt-Ausgabe	64 543.52
Gesamt-Einnahme	60 919.26
Mehr-Ausgabe im 2. Quartal 1901	3 624.26
Barbestand am 1. April 1901	39 869.25
Ab Mehr-Ausgabe im 2. Quartal 1901	3 624.26
Summa	36 244.99
An Darlehen zurückgehalten im 2. Quartal 1901	871.45
Bleibt Barbestand am 30. Juni 1901	37 116.44

	männliche	weibliche	Summa:
Mitgliederbestand am Schluß des 2. Quartals 1901	11 705	537	17 702
Mitgliederbestand bei Beginn des 2. Quartals 1901	11 486	578	17 184
Ab- und Zunahme der Mitglieder im 2. Quartal 1901	+ 219	- 41	+ 33
			+ 307
			+ 518

NB. Wir ersuchen die Bevollmächtigten, die Rubriken auf den Abrechnungen betreffs des Ab- und Zugangs von Mitgliedern gewissenhaft ausfüllen zu wollen, damit wir in der Lage sind, für das Jahr 1902 eine genaue Aufstellung machen zu können, wieviel Mitglieder im Laufe des Quartals dem Verband beigetreten, resp. aus demselben ausgetreten sind.
Der Vorstand.
W. Nieder-Welland, Kassierer.

Achim.
Sonntag den 9. März nachmittags 5 Uhr
Große öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung
im Lokale des Herrn C. Rühr.
Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter Deutschlands und die in Aussicht genommene Mehrbelastung des Tabaks. Referent: Carl Reichmann, Bremen.

Erstes Rohtabak-Importhaus Altona-Ottensen
Offizieren 10000 Kilo Umblatt u. Einlage
rein überseeische und garantiert gesunde und flott brennende Tabake, gemischt, Mexiko, Sumatra, Brasil, Java, Domingo, Paraguay, Carmen, Seedleaf etc. per Pfund verzollt im Detail 85 ¢, bei Centner-Abnahme netto Kaffe 80 ¢.
Aeusserst empfehlenswert!
16 Packen Sumatra, 2 Pfund bedeckend, sicher u. schneeweiß
Brand, Detailpreis per Pfund 2.60 ¢, Mexiko Decke, mittel bis hell, fahl, 8 bis 8 Pfund bedeckend, per Pfund 3 ¢, Havana Decke, per Pfund von 3 bis 8 ¢, Umblatt und Einlage von 1.60 bis 2.40 ¢, Brasil Decke, 4 Pfund bedeckend, per Pfund 1.80 ¢, Umblatt und Einlage von 90 ¢ bis 1.50 Mt.
Verkaufsstellen: Hamburg, Schweinemarkt 27. Bismarckstr. 32.
Hengfoss & Maak, Amt Altona, Nr. 1463.

Roh-Tabak.
Wegen zu großem Lager habe Sumatra-Decken im Preise herabgesetzt. Officiere daher vorzüglich brennende Sumatras zu folgenden billigen Preisen:
M u. K Langh., G III, 3. Vollblattlänge, mittelfarbig Mt. 1.35
W u. V, S Deli, Langh., 2. Blattlänge, B/E II, mittelfarbig 1.50
Senemba My SSS III, 3. Vollblattlänge, mittel bis hell 1.75
Deli A S II, 2. Vollblattlänge, mittelbraun 1.70
Deli Ba My K S B I, 1. Vollblattlänge, mittelfarbig 2.15
M u. K Langh. S B B III, Vollblatt hell 2.20
Deli My L 3 S L II, 2. Vollblattlänge, mittel bis hell 2.80
Deli My M B II, Vollblatt, mittelfarbig 2.50
Deli My K B Langh. B II, 2. Blattlänge, hell 2.70
Deli My Q B S S II, 2. Vollblattlänge, mittel bis hell 3.25
Deli My Toeva L S II, hochfeine helle Farben 4.25
Vorzüglich brennendes Java-Umblatt 1.15
99er Ufermärter 0.70
Bernhard Segal, Cottbus.

En gros. **Rohtabak** En détail.
F. W. Helmecke, Magdeburg.
Grosse Auswahl! Billigste Preise!
Preisliste gratis und franko.

Rohtabak
in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Sumatra - Deli - Decken, helles Vollblatt à 300 ¢, mittelfarbiges Vollblatt, 1. Sorte, à 250 ¢, feiner Brand. Neue Wickelformen nur 150 ¢ Versand gegen Nachn.
Emil Berstorf, Berlin N.
Brunnenstraße 25.

Max Otto
Rohtabakhandlung
Berlin NO.
6 Neue Königstraße 6.

H. Edling
Bremen-Neustadt
empfiehlt als preiswert:
Sumatra Decker per 1/2 kg 120, 130, 140, 150, 160, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 280, 300 und 320 ¢; Sumatra Umblatt per 1/2 kg 90, 95, 100, 105, 110, 120 Blätter 90 ¢, Java Decker per 1/2 kg 130, 140, 160, 180 ¢; Java Umblatt per 1/2 kg 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 125 ¢; Java Einlage per 1/2 kg 70, 75, 80, 85 ¢; Mexiko Decker per 1/2 kg 160, 180, 200, 220 ¢; Mexiko Umblatt per 1/2 kg 100, 110 ¢; Brasil Decker per 1/2 kg 140, 150, 160, 180 ¢; Brasil Einlage und Umblatt per 1/2 kg 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120, 130 ¢; Carmen Umblatt per 1/2 kg 75, 80, 85, 90, 100 ¢; Domingo Umblatt per 1/2 kg 70, 75, 80, 85, 90, 100 ¢; Seedleaf Umblatt per 1/2 kg 80, 85, 90, 100, 110 ¢; Losgut Einlage und Umblatt; rein überseeisch, 70 und 75 ¢; Gemischte Original-Tabake 80 ¢; losen Carmen per 1/2 kg 70 ¢.
Preise verzollt. Versand unt. Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Roh-Tabak
Cigarrenfabriks-Usensilien
W. Hermann Müller
Berlin O., Alexanderstr. 22.
Billigster Einkauf.
Credit nach Uebereinkunft.

P. Andlauer
Schlettstadt (Elsass)
Tabakwaren-Fabrik und Rohtabake aller Art.
Lager in Amsterdam, Bremen, Hamburg. Eigene Fermentation u. C. Fässer u. Pfälzer Tabaken. Nur Postpakete geg. Nachn.
Scherms Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
(Tourenb. f. Radf.) 2000 Reisetouren. Eisenb.-u. 2 Strassenkart. Geb. 1.50 4. veränd. Auflage. Bevölkerung-Ziffern v. 1900. Durch J. Scherm, Nürnberg, Fürther Strasse und alle Buchhandlungen.

Rohtabak.
Große Auswahl. Billigste Preise.
Sumatra-Decker, pr. Pfd. 1.50, 1.80, 2.—, 2.20, 2.50, 2.75, 3.—, 3.25, 3.50, 4.—
Sumatra-Umblatt, per Pfund 1.10, 1.20.
Java-Decker, pr. Pfd. 1.50, 2.—, 2.25.
Java-Umblatt, pr. Pfd. 0.90, 1.—, 1.20.
Java-Einlage, pr. Pfd. 0.75, 0.80, 0.85.
St. Jolly-Brasil, pr. Pfd. 0.80, 1.—, 1.10, 1.20, 1.50, 1.80, 2.40.
Domingo-Umblatt, pr. Pfd. 0.85, 0.90, 1.00, 1.10, 1.20.
Carmen-Umblatt, pr. Pfd. 0.75, 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20.
Seedleaf-Umblatt, pr. Pfd. 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20, 1.30.
Gemischte Einlage, nur aus überseeischen, gefunden, originalen Tabaken bestehend, pr. Pfd. 0.70, 0.75, 0.80, 0.85.
Versand unter Nachnahme. Credit nach Uebereinkunft.
Brandt & Sohn
Bremen, Breitenweg 30.

Billige Cigarreneinlage.
Vorzüglichste Cigarreneinlage, sofort zu verarbeiten, (1/2 Ufermärter, 1/2 überseeisch), hochfein im Geschmack, fr. Brand und Geruch, verleihe 9^{1/2} Pfund für 7 Mark unter Nachnahme.
Ferd. Friedrich, Dessau in Anh.
Um zu räumen, verkauft größere Bremer Rohtabak-Firma kleine Restespottbill: Sumatra-Decke, 1. Länge, Vollblatt à 240 ¢; hochf. Java Umblatt à 110 ¢; sehr blattige Java Einlage à 90 ¢ verzollt. Postlos u. Nachnahme. Jeder Versuch führt zur Nachbestellung. Offerten unt. U. 9546 an die Annoncen-Expedit. von Wilh. Scheller, Bremen.

Rohtabak-Offerte.
Wir offerieren:
Java Einlage u. Umbl. von 80-100 ¢
Vorstenland Umblatt " 95-150 ¢
Sumatra Decken " 120-600 ¢
Brasil Einlage " 110-200 ¢
Pfälzer " 65-85 ¢
Proben gegen Nachnahme franko.
Gebr. Loeb, Ballendar am Rh.
Offerten sind niemals Originalzeugnisse beizulegen.
Junger solider Sortierer
sucht Stellung. Offerten unter P. R. 29 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Geübte Wickelmacherin wird bei Herrn Karl Trabisch in **Wolde** gesucht. Lohn 2.50 Mt. Auskunft erteilt Otto Bünscher, 1. Bevollmächtigter. Mitglieder werden bevorzugt.

Junger tüchtiger Sortierer, gestützt auf gute Zeugnisse, sucht dauernde Beschäftigung. Off. sind zu richten an **Ed. Rösner, Jauer in Schlesien**, Vollenhainer Straße 1.

Erfuche den Cigarrenmacher **Adolf Stammwitz** aus **Jauer in Schl.**, mir seine Adresse zukommen zu lassen. Besser wäre es, wenn oben Genannter nach Hause kommen könnte, da Mutter erkrankt. **A. Lehms, Jauer in Schl.**, Vollenhainer Straße 7.

Tabakspinner Ferdinand Behrend aus **Schwedt a. d. O.**, um Deine Adresse bittet wegen Arbeit **Rich. Hoffmann, Storkow (Mark)**.

Unserem Kollegen **Friedrich Biehl** aus **Hersfeld** zu seinem 84. Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche.
Etliche Kollegen in Ebbau i. G.

Unserem 1. Bevollmächtigten **August Hampel** zu seinem am 28./2. stattgef. 40. Geburtstag die besten Glückwünsche.
Die Kol. G. Sch., S. B. in Woltersdorf

Verspätet!
Unserem ältesten Kollegen **Kaspar Weih I.** zu seinem 61. Geburtstag ein herzlichstes Lebenswohl.
Die Zahlstelle Klein-Kroghenburg.

Codes-Anzeigen.
Am 21. Februar verschied nach langem schwerem Leiden unser Mitglied **Pauline Gregor geb. Frenzel** aus **Sahn** im 52. Lebensjahr.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Mitglieder der Zahlstelle Zehdenick.**

Am 24. Februar starb nach langem schwerem Leiden unser Kollege **Wilh. Draht** an der Berufsfrankheit im blühenden Alter von 25 Jahren.
Friede seiner Asche!
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Jastrow.**

Am 21. Februar starb unser langjähriger Mitglied, der Cigarrenarbeiter **Joh. Junge** im 45. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Bremen.**

Briefkasten.
Beizulegen müssen gekennz. sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einlegung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.
W. W., Osnabrück. Die Verrechnung wird wohl ein anderes Inserat betreffen. In Nr. 47 stehen 70 Pfg.
A. S., Jauer (Zmal) 140 ¢. — **H. G., Storkow** 40 ¢. — **A. L., Achim** 200 ¢. — **Klein-Kroghenburg** 50 ¢.